

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 119 (1993)
Heft: 49

Illustration: Streit um die Lorbeeren
Autor: Orlando [Eisenmann, Orlando]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

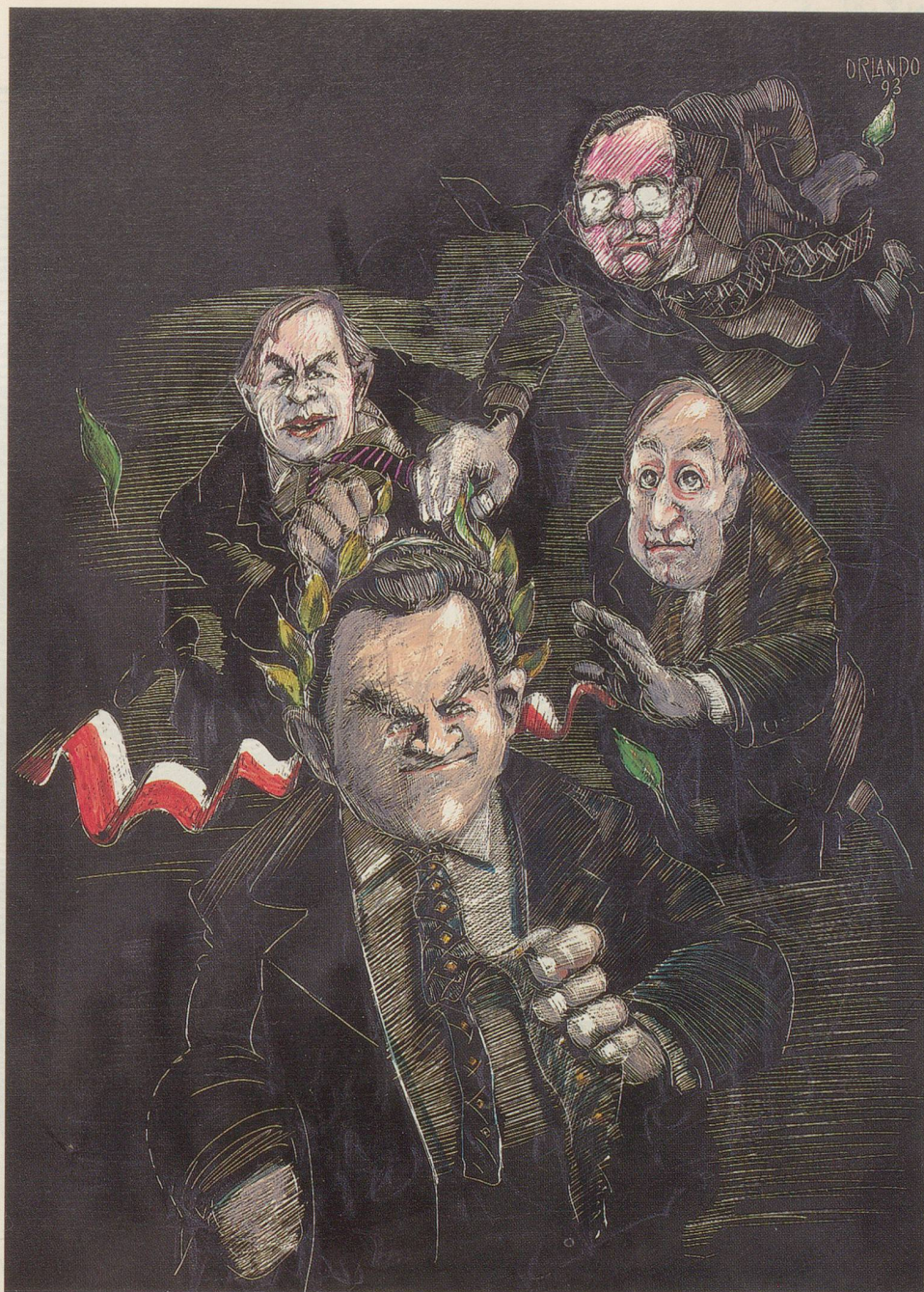
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Abstimmungserfolg:

Stich bedankt sich

Auch Bundesräten muss es gestattet sein, einen Läuterungsprozess durchzumachen. Noch vor zweieinhalb Jahren, als das Volk zum unwiderruflich letzten Mal die Mehrwertsteuer weggefegt hatte, brannten Finanzminister Stich die Sicherungen durch. Er wagte es allen Ernstes, Zweifel anzumelden, ob denn der Souverän rein von der Intelligenz her dieser Vorlage überhaupt gewachsen gewesen sei. Die Demokratie sei nicht mehr funktionsfähig, verkündete er, wenn eine Minderheit der Stimmberechtigten derartige Geschäfte zu Fall bringen könne. In der Folge wurde von den staatspolitischen Puristen zwar ein mittlerer Sturm der Entrüstung entfacht, doch Stich überlebte diese Episode schadlos.

Vielleicht ist er aber doch ein klein wenig in sich gegangen: Stich liess sich von der Parlamentsmehrheit nicht nur eine neue Mehrwertsteuervorlage aufschwätzen, sondern hatte auch keinerlei Skrupel, als nach dem Ja vom 28. November in den Medien plötzlich von einem «Sieger» namens Stich die Rede war. Der Buchhalter der Nation war sich auch nicht zu schade, trotz einer Stimmbeteiligung von bloss 44 Prozent dem diesmal so blitzgescheiten Souverän laut und vernehmlich einen «herzlichen Dank» entgegenzuschmettern. Wo sonst gibt es einen Finanzminister, der sich so hingebungsvoll vor den Steuerzahlern verneigt? In solchen raren Momenten zeigt sich noch wahre staatsmännische Grösse. Das mindeste, was man von uns Untertanen da erwarten darf, damit die Harmonie mit den Regierenden perfekt wird, wäre ein ebenso herzhaftes «Gern geschehen, lieber Herr Stich!».



ORLANDO EISENMANN

Streit um die Lorbeeren

Ein weiterer Sonderfall fällt:

EG-konforme Bremser

Man soll auch mal über seinen eigenen Schatten springen können. Autopartei-Nationalrat Ulrich Giezendanner gehörte zwar vor der EWR-Abstimmung zum Nein-Komitee und ist auch heute alles andere als ein Intimfreund der EG-Bürokraten. Aber wenn es ums Bremsen geht, hört die Standfestigkeit des Aargauer Rechtsaussen auf, nimmt er ein Diktat der Brüsseler Vögte nicht nur in Kauf, sondern wünscht es sich geradezu

herbei. Er bringt es sogar übers Herz, einen der letzten Zeugen des urschweizerischen Pioniergeists schmachlich zu desavouieren. Ohne mit der Wimper zu zucken, verlangt Giezendanner, dass der Bundesrat ein einschlägiges Reglement anerkennt, damit in der Schweiz baldmöglichst das EG-Bremssystem für Lastwagen zugelassen werden kann. Dieses sei der einstmals berühmten Schweizer Bremse haushoch überlegen.

Dieser Verrat an heimischen Errungenschaften wäre noch halbwegs erträglich, wenn es sich hier um einen der typisch exotischen Vorstösse handeln würde, die null Erfolgchancen haben. Der Bundesrat ist dem Ansinnen recht eigentlich zuvorgekommen und hat völlig autonom die notwendigen Vorkehrungen zur Übernahme dieses EG-Reglements in die Wege geleitet. So rasend schnell haben wir uns noch nie von einem liebgewonnenen schweizerischen Sonderfall verabschiedet. Die Autopartei und Justizminister Koller machten es möglich.